

Ein Land in Trümmern

Nach dem Erdbeben und der US-Aggression liegt Venezuela am Boden. Doch die politische und wirtschaftliche Krise des Landes reicht tiefer

Von Cristal Fernández

In diesen Tagen über Venezuela zu schreiben, ist schmerzhaft. Das venezolanische Volk ist mit alten und neuen Tragödien konfrontiert. Innerhalb von weniger als sieben Monaten hat es eine militärische Invasion, den Verlust seiner Souveränität und [zwei aufeinanderfolgende Erdbeben](#) erlebt, die bis heute mehr als 3.000 Tote, über 50.000 Vermisste und weitere Tausende Obdachlose gefordert haben.

Es wäre jedoch falsch, nur von den unermesslichen Verlusten zu berichten und dabei die immense Solidarität von Millionen Menschen außer acht zu lassen. Eine Solidarität, die es ermöglicht hat, mehr als 6.000 Personen aus den Trümmern zu retten, täglich für Tausende zu kochen, Notunterkünfte zu organisieren, einander zu umarmen, zu stützen und füreinander da zu sein. Dem venezolanischen Volk ist es gelungen, ein Netzwerk der Selbsthilfe und Organisation auf die Beine zu stellen, das ebenso groß ist wie die Verwüstung, mit der es konfrontiert ist.

Das Fass ist übergelaufen

Die politische und wirtschaftliche Krise der vergangenen 13 Jahre könnte erklären, warum ein Naturereignis dieser Größenordnung in der venezolanischen Gesellschaft nicht nur als unerwartete Tragödie empfunden wird, sondern als »der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat« – als der Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt. In diesem Fall war es nicht ein Tropfen, es waren zwei Beben mit einer Stärke von 7,2 und 7,5 auf der Richterskala. Aber warum war dieses Fass so voll, dass es durch die Erschütterungen am 24. Juni um 18 Uhr vollständig übergelaufen ist?

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts, nach vierzig Jahren scheiternder Demokratie, gab Venezuela seinem Schicksal eine neue Wendung und ebnete den Weg für einen gesellschaftlichen Wandel, der von der breiten Masse der Bevölkerung getragen wurde. Der Tod des Anführers dieses Prozesses, Hugo Chávez, im Jahr 2013 versetzte diesem vielversprechenden Aufbruch in Richtung Sozialismus einen schweren Schlag und legte die inneren Schwächen offen. In der Folge führten der Verfall des Ölpreises, die von den Vereinigten Staaten verhängte verbrecherische Wirtschaftsblockade, der ideologische Bruch mit dem bolivarianischen Programm unter der Regierung von Nicolás Maduro, die Privatisierungen und der Verlust der sozialen Rechte der Mehrheit zu einer Wirtschaftskrise. Die politische Elite bereicherte sich und die Bevölkerung

verarmte – Millionen Menschen waren gezwungen, das Land zu verlassen. Diese Elite schuf einen rechtlichen und politischen Rahmen der Repression, damit sie um jeden Preis an der Macht bliebe, während die politische Opposition – mit der internationalen Rechten verbandelt – weiterhin um eine ausländische Intervention bettelte, um die Macht an sich zu reißen.

USA erklären den Krieg

In den letzten Monaten des Jahres 2015 wurden Hunderte Menschen in internationalen Gewässern extralegal hingerichtet – sie waren als Drogenhändler eines angeblichen Netzwerks unter der Führung von Maduro, gegen den Washington ein Kopfgeld ausgesetzt hatte, angeklagt. Die Erzählung, die eine militärische Intervention auf venezolanischem Boden rechtfertigen sollte, [hatte sich bereits in der internationalen öffentlichen Wahrnehmung festgesetzt](#). Die USA spielten ihre Karten aus, um ihren Einflussbereich »zurückzugewinnen«: Venezuela wurde zum »Failed State« erklärt und die Sanktionen wurden verschärft. Die US-Armee stationierte Kriegsschiffe, Flugzeugträger, Kampffjets und mehr als 15.000 Soldaten vor der venezolanischen Küste. Die USA erklärten Venezuela den Krieg.

In der Nacht zum 3. Januar machten sie ihre Drohungen wahr: US-Flugzeuge bombardierten die Hauptstadt Caracas, entführten Maduro und seine Frau Cilia Flores und töteten dabei mehr als hundert Menschen, darunter venezolanische und kubanische Soldaten sowie Zivilisten. Die Verwirrung und der Schock der folgenden Tage lassen sich kaum in Worte fassen. Einige wenige feierten die Ankunft des »weißen Retters«, in der Illusion, ein paar Krümel vom großen Kuchen der USA abzubekommen. Doch die meisten spürten nur den Schrecken und das nicht enden wollende Dröhnen der Flugzeuge, die den – seitdem nicht mehr souveränen – Himmel überflogen.

Agenda der Unterwerfung

Während der Präsident in einem New Yorker Gefängnis festgehalten wurde, übernahm seine Stellvertreterin Delcy Rodríguez das Amt interimweise. Sie rief zunächst zur Ruhe auf, versprach, dass alles »unter Kontrolle« sei, und verurteilte (erst einige Stunden nach dem Bombenangriff) die US-Intervention. Im Laufe der Tage wurde aus dem anklagenden Ton jedoch ein versöhnlicher, und plötzlich waren die Invasoren Verbündete, die dabei helfen würden, »die Wirtschaft anzukurbeln« und ein gespaltenes Volk »zu vereinen«. Die Agenda der Unterwerfung schien schon vorbereitet gewesen zu sein: Alles verlief reibungslos und Änderungen zentraler Gesetze wurden von einer neuen Nationalversammlung unter dem Vorsitz von Jorge Rodríguez, dem Bruder der Übergangspräsidentin, verabschiedet.

Vertreter der US-Regierung und transnationaler Ölkonzerne wie Chevron wurden als Ehrengäste in Caracas empfangen. [Die Plünderung der venezolanischen Öl- und Gasvorkommen](#) wurde offiziell besiegelt. Die Kontrollen und Vereinbarungen, die die souveräne Nutzung der natürlichen Ressourcen garantierten, wurden mit einem Schlag aufgehoben. Chavistische Minister wurden durch Mitglieder oppositioneller Parteien ersetzt. Schnell wurde eine in Blautönen gehaltene Ästhetik durchgesetzt, die das für den Chavismus charakteristische Rot verdrängte, und schon bald verstummten die

Forderungen, Maduro und seine Frau freizulassen. So zeichnen sich zwei mögliche Interpretationen ab: die einer Regierung, die Entscheidungen »mit der Pistole auf der Brust« trifft, oder die einer internen Verschwörung, die Maduro auslieferte, um an der Macht zu bleiben und alle Wünsche des Weißen Hauses zu erfüllen.

Das im Jahr 2001 unter Chávez verabschiedete Gesetz zu Kohlenwasserstoffen wurde nur 26 Tage nach der militärischen Invasion grundlegend geändert. Damit wurde der endgültige Bruch mit der etatistischen Politik der Umverteilung der Öleinnahmen besiegelt, die eine zentrale Säule des Chavismus darstellte. Für die Regierung von US-Präsident Donald Trump war es ein Erfolg auf ganzer Linie: Mit geringem militärischen Aufwand wurde eine rebellische durch eine unter ihrer Kontrolle stehende Staatsführung ersetzt. Durch das Einsetzen von Rodríguez sorgen die USA dafür, dass keine soziale Unruhe ausbricht – gleichzeitig haben sie sich die größten Ölreserven der Welt für die kommenden Jahrzehnte gesichert und China aus ihrem Einflussbereich auf dem Kontinent verdrängt.

Um zu verstehen, was die Änderung dieses Gesetzes bedeutet und welche Hintergründe die Öffnung und Privatisierung der Erdölförderung haben, ist die Analyse von Emiliano Teran Mantovani zu empfehlen. Mit der Aufhebung des staatlichen Monopols zur Erdölförderung wird es dem Privatsektor erlaubt, als Akteur mitzuwirken, konstatiert Mantovani. Alle Förderrechte können nun an kapitalistische Unternehmen vergeben werden, wobei sie mit einem Anteil oder der gesamten geförderten Ölmenge vergütet werden können. Die Firmen dürfen das schwarze Gold zudem direkt vermarkten. Das heißt, die staatliche Kontrolle ist Vergangenheit; die öffentliche Erdölgesellschaft ist de facto zerschlagen. Diese Liberalisierung wird zu geringeren sozialen Investitionen und zu mehr Hunger und Elend für das venezolanische Volk führen.

Eine mögliche Zukunft

Angesichts dieser Umstände fällt es schwer, sich die Zukunft vorzustellen. Wir wissen nicht, ob die Soldaten, die in den Tagen nach dem Erdbeben als Rettungsteams gekommen sind, in unserem Land noch eine andere Aufgabe haben. Die jüngsten Äußerungen Trumps deuten darauf hin, dass ein Szenario geschaffen werden soll, um die vollständige Übernahme des Staates zu rechtfertigen. Die Erzählung davon, dass sich Venezuela durch die Wohltaten Washingtons wirtschaftlich erholt und sich die Lebensqualität der Menschen verbessert, ist eine diskreditierende Lüge. Jeder Arbeiter mit seinem Monatslohn von zwei US-Dollar kann das widerlegen.

Doch die Hoffnung – jene Kraft, die uns immer wieder nach den schlimmsten Schmerzen aufstehen lässt – ist es, die heute die Straßen füllt. Sie lässt uns das Leben, das uns noch bleibt, organisieren und auch die Würde derer wahren, die wir verloren haben. Jeder Venezolaner, der heute auf der Suche nach lebenden Menschen in den Trümmern gräbt, zeigt damit eine mögliche Zukunft: die eines selbstorganisierten und mitfühlenden Volkes, das fähig ist, alles für den anderen zu geben. Der Tag wird kommen, an dem wir über mögliche Auswege aus diesem dunklen Kapitel unserer Geschichte nachdenken können. Doch jetzt bleibt uns erst einmal nichts anderes übrig, als die Scherben eines Landes und eines ganzen Volkes wieder zusammenzufügen.

Cristal Fernández stammt aus Venezuela und ist beim Verein Bloque Latinoamericano Berlin aktiv. Die politische Migrant*innenorganisation wurde 2018 gegründet und kämpft gegen kapitalistische und imperialistische Politik in Lateinamerika.

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/525558>